

Vereinigte Reformierte Kirche (United Reformed Church/URC)
Beschlüsse zu Israel-Palästina auf der Vollversammlung 9.-12. Juli 2021

Beschlüsse aufgrund des Antrags des Missionsausschusses (s.u.)

Resolution 26

1. Die Vollversammlung beauftragt den Missionsausschuss, die Synoden, Ortsgemeinden, ökumenische Partner und Einzelpersonen für Pilgerfahrten ins Heilige Land zu sensibilisieren und dabei die besondere Bedeutung zu betonen, Kontakte mit palästinensischen christlichen Gemeinden sowie Mitgliedern der christlichen Ortskirchen in Israel und Palästina vorzusehen.

Resolution 27

2. Die Vollversammlung betont, dass Israel ein von der internationalen Staatengemeinschaft anerkannter Staat ist, ausgestattet mit allen Rechten und Pflichten eines solchen Status.

Resolution 28

3. Die Vollversammlung betont die Verpflichtung der Vereinten Nationen, für einen von der internationalen Staatengemeinschaft anerkannten Staat Palästina zu sorgen, ausgestattet mit allen Rechten und Pflichten eines solchen Status.¹

Resolution 29

4. Die Vollversammlung verurteilt alle Akte der Gewalt in der Region Israel und in den besetzten palästinensischen Territorien.

Resolution 30

5. Die Vollversammlung bringt tiefe Besorgnis zum Ausdruck über die Verschlechterung der Lage des palästinensischen Volkes seit der 2016 gefassten Resolution 37. Das geht aus der im Nachgang zu dieser Resolution unternommenen Arbeit hervor.² Alle israelischen Siedlungen in den besetzten palästinensischen Territorien, die gewaltsamen Hauszerstörungen und die gewaltsame Inbesitznahme von Land stellen Verletzungen des Völkerrechts dar. Die Vollversammlung fordert die israelische Regierung deshalb nachdrücklich auf, sich an das Völkerrecht zu halten und seine De-facto-Annexion der besetzten palästinensischen Territorien rückgängig zu machen.

Resolution 31

6. Die Vollversammlung fordert Ortskirchen und ihre Mitglieder auf, ihre gewählten Abgeordneten anzusprechen, um ihre Besorgnis über die Maßnahmen der israelischen Regierung im Zusammenhang mit der Ausweitung der Siedlungen und mit den Hauszerstörungen zum Ausdruck zu bringen und sie zu fragen, was Großbritannien dagegen unternimmt.

Resolution 32

7. Die Vollversammlung anerkennt die auf ethischen Prinzipien basierende Vorgehensweise der Treuhand- und Pension-Fonds der Vereinigten Reformierten Kirche (URC) und spricht sich für die Beibehaltung dieser bewährten Praxis aus, um weiterhin Geldanlagen in internationalen Unternehmen auszuschließen, die zu den folgenden Aktivitäten in den besetzten palästinensischen Territorien beitragen:

- Bau, Produktion und Dienstleistungen für illegale Siedlungen,
- ökonomische Ausbeutung der Arbeitskräfte und des monopolistisch eingeschränkten und beherrschten palästinensischen Markts,

¹ United Nations Security Council Resolution 1397.

² Anmerkung des Übersetzers: Angefügte Erläuterungen zum Beschlusstext führen aus, dass aufgrund der genannten Resolution 37 der Vollversammlung 2016 unter Federführung des Missionsausschusses drei Studienreisen in unterschiedlicher Besetzung nach Palästina stattfanden, die detaillierte Kenntnisse zur Lage zum Ziel hatten. Enge und dauerhafte Kontakte zur Erlangung von Informationen aus erster Hand wurden zu palästinensischen christlichen Gemeinden hergestellt. Ausführliche Berichte dazu wurden den Vollversammlungen 2018 und 2020 vorgelegt.

- illegale Nutzung und Beschaffung von Rohstoffen,
- Bevölkerungskontrolle durch private Sicherheitskräfte und Überwachungssysteme, sofern sie im Widerspruch zum Völkerrecht steht,
- Bereitstellung von Spezialausrüstungen für gewaltsame Zerstörung palästinensischer Wohnungen und Einrichtungen,
- Bau und Betrieb der Trennmauer/Sperranlage und deren Kontrollposten auf palästinensischem Boden,
- sowie jede weitere Verletzung des Völkerrechtes.

Resolution 33

8. Die Vollversammlung bekräftigt die ethischen Prinzipien der synodalen Trusts und fordert sie gemäß dieser grundlegenden Praxis auf, sicher zu stellen, dass sie nicht Geldanlagen tätigen in internationalen Unternehmen, die zu den folgenden Aktivitäten in den besetzten palästinensischen Territorien beitragen:

- Bau, Produktion und Dienstleistungen für illegale Siedlungen,
- ökonomische Ausbeutung der Arbeitskräfte und des monopolistisch eingeschränkten und beherrschten palästinensischen Markts,
- illegale Nutzung und Beschaffung von Rohstoffen,
- Bevölkerungskontrolle durch private Sicherheitskräfte und Überwachungssysteme, sofern sie im Widerspruch zum Völkerrecht steht,
- Bereitstellung von Spezialausrüstungen für gewaltsame Zerstörung palästinensischer Wohnungen und Einrichtungen,
- Bau und Betrieb der Trennmauer/Sperranlage und deren Kontrollposten auf palästinensischem Boden,
- sowie jede weitere Verletzung des Völkerrechts, die von anerkannten Einrichtungen wie den Vereinten Nationen, dem 'Who Profits Research Center' (Israel), 'Investigate' (The American Friends Service Committee (Quaker)) untersucht und gelistet wurden.

Resolution 34

9. Die Vollversammlung fordert die Ortskirchen und ihre Mitglieder auf, auf die EU-Richtlinien zur Kennzeichnung von in israelischen Siedlungen produzierten Produkten zu achten und diese nach Möglichkeit im britischen Einzelhandel nicht zu kaufen.³

Resolution 35

10. Die Vollversammlung fordert die Ortskirchen und ihre Mitglieder auf, sich an der Unterstützung der palästinensischen Wirtschaft aktiv zu beteiligen, indem sie palästinensische Produkte kaufen, die in Großbritannien verfügbar sind. Dies trifft unter anderem zu auf: Palästinensisches Olivenöl und Nahrungsmittel, Stickereien, Olivenholzschnitzereien, Karten, Bücher, Kleidung, Gesundheits- und Kosmetikprodukte.⁴

³ Vgl. European Commission, Interpretative Notice https://eeas.europa.eu/sites/default/files/20151111_interpretative_notice_indication_of_origin_en.pdf.

⁴ For Resolution 10, please see: Fine foods from Palestine - Zaytoun; Fair Trade Palestinian Crafts - Hadeel - Fair Trade Palestinian Crafts. (Resolution 10) <https://zaytoun.uk/>

Zum Hintergrund der Resolutionen 26 – 35 der Vollversammlung der URC 2021

Vorausgegangene einschlägige Dokumente:

Resolution 37, Vollversammlung 2016;

Bericht des Missionsausschusses zu Israel and Palestine an die Vollversammlungen 2018 und 2020.

Einleitung

1. Die Vereinigte Reformierte Kirche (United Reformed Church, URC) ist aufgrund der Resolution 37 der Vollversammlung 2016 zur Lage in Israel/Palästina unter Federführung des Missionsausschusses tätig geworden. Die Arbeit war intensiv und wurde in den Berichten an die Vollversammlungen 2018 und 2020 dargestellt.

Ein Hauptaspekt war eine Studienreise nach Israel und Palästina im September 2019, an der 22 Personen teilnahmen, die alle 13 Synoden vertraten, sowie die URC-Jugendabteilung, „Global and Intercultural Ministries“, die Zeitschrift „Reform“, das Programm „Commitment for Life“ und die Abteilung für ökumenische und interreligiöse Beziehungen. Die zehntägige Reise leitete der damalige Moderator der Vollversammlung, Derek Estill. Die Beteiligten erhielten Einsicht aus erster Hand in die Probleme in der Region. Es gab enge Kontakte mit Mitgliedern der ansässigen Kirchen und diese werden aufrecht erhalten, sogar während des harten Lockdowns von 2020-2021.

Was haben wir gelernt?

2. Seit 2016 hat die URC Verbindung zu palästinensischen Christen hergestellt, die alle die Verschlechterung der Lebensbedingungen bezeugen, verschlimmert noch durch die Pandemie und den fehlenden Zugang zu Impfungen, im Unterschied insbesondere zu den israelischen Besatzern. Im Juli 2020 haben „Kairos Palestine“ und „Global Kairos for Justice“ einen Aufruf an die Kirchen weltweit veröffentlicht, in dem sie die ökumenischen Partner auffordern „entschieden zu handeln“. Angesichts der desperaten Realität reichten Worte nicht aus. Unter der Überschrift „Schrei nach Hoffnung“ vereint der Aufruf ein weltweites Netz von Basisinitiativen, konfessionellen Missionsausschüssen und ökumenischen Organisationen, die ortsansässige Kirchen vertreten.⁵

Die Zunahme illegaler israelischer Siedlungen in den besetzten palästinensischen Gebieten

3. Die Resolutionen der Vollversammlung konzentrieren sich insbesondere auf die Siedlungen und die gewaltsamen Zerstörungen in der Region. Der illegale Charakter der Siedlungen ist nach dem Völkerrecht offensichtlich. Art. 49 der IV. Genfer Konvention erklärt: „Die Besatzungsmacht darf nicht Teile ihrer eigenen Zivilbevölkerung in das von ihr besetzte Gebiet verschleppen oder verschicken.“ Die Resolution 2334 des UN-Sicherheitsrates von 2016 erklärt, dass die Siedlungsaktivität Israels „keine rechtliche Gültigkeit besitzt und einen flagranten Verstoß gegen das Völkerrecht“ darstellt.

4. Die Siedlungen stellen de facto eine Annexion der besetzten palästinensischen Gebiete dar. Das Amt der Vereinten Nationen für die Koordinierung humanitärer Angelegenheiten (UNOCHA) gab eine Reihe von Informationsblättern heraus über die humanitären Auswirkungen der fünfzigjährigen Besetzung (1967-2017)⁶. Die Statistiken belegen, dass zwischen 2009 und 2016 die israelischen Behörden 4.800 palästinensische Gebäude im Westjordanland und in Ost-Jerusalem zerstörten oder beschlagnahmten. Dem steht für den gleichen Zeitraum eine Genehmigungsrate von unter 3 % für Bauanträge von Palästinensern gegenüber. Als dieser Bericht veröffentlicht wurde, lebten 611.000 israelische Siedler in 250 Siedlungen im Westjordanland und Ost-Jerusalem. Illegale Siedlungen nehmen derzeit zu. Erst im Mai 2021 kam es zu erheblichen Unruhen in Ost-Jerusalem, als die israelischen Behörden versuchten, aus dem Stadtviertel Sheik Jarrah, unmittelbar an die Altstadt grenzend, Palästinenser zu vertreiben, um die Häuser Siedlern zu übergeben.

⁵

Unter www.cryforhope.org/ u.a. auf Deutsch.

⁶ www.un.org/unispal/wp-content/uploads/2017/12/OCHAFACETSHEET-211217.pdf.

5. Teilnehmer der der URC-Studienreise wurden Zeugen für den eingeschränkten Zugang zu Wasser und Strom in den besetzten Gebieten. Über 70 % der palästinensischen Ortschaften haben keine Verbindung zum Wassernetz. Mindestens ein Drittel der Palästinenser in Ost-Jerusalem leben ohne Genehmigung mit dem Risiko, dass ihre Häuser zerstört und sie vertrieben werden.

6. Wir besuchten 2019 Hebron und sahen mit eigenen Augen die Verwüstung und Spannung sowie die von den Siedlern verursachten Belästigungen. Nahezu ein Drittel der Wohnungen in Hebron sind von ihren palästinensischen Bewohnern aufgegeben worden.

7. Wir sahen auch, wie Siedler Olivenplantagen verwüsten. In Beantwortung eines Schreibens eines Ältesten der URC vom Januar 2021 gab der Minister für den Nahen Osten der britischen Regierung, James Cleverley, an, dass die Regierung “gegenüber den israelischen Behörden wiederholt unsere Besorgnis über die Vorfälle von Siedlergewalt (einschließlich der Zerstörung von Olivenbäumen) und Drohungen angesprochen habe”.

Theologische Einsichten

8. Pfarrer Dr. Munther Isaac ist der Pfarrer der Evangelisch-Lutherischen Weihnachtskirche in Bethlehem und Leiter der Bethlehemer Bibelschule. Er ist internationaler ökumenischer Gast der diesjährigen Vollversammlung. Sein jüngstes Buch, “*The Other Side of the Wall. A Palestinian Christian Narrative of Lament and Hope*”, wurde im Juni 2020 veröffentlicht.⁷ Sein Aufsatz, “Palästinensische Christen und das verheißene Land”, ist auf der Webseite von CTBI einsehbar.⁸ Dr. Munther stellt die Existenz Israels nicht in Frage. Er fordert eine Theologie des Teilens des Landes, die davon ausgeht, dass das Land Gott gehört (3. Mose 25,23). Die Verbindung der Christen mit der Region bringt Isaac auf den Punkt, indem er von dem Land als fünftes Evangelium spricht. Er schreibt: “Die palästinensische Kirche bezieht ihre Identität und Theologie aus der natürlichen und ungebrochenen Beziehung zu dem biblischen Land. Es ist das Land, in dem Jesus geboren wurde und wo ein Großteil des biblischen Geschehens stattfand.”

Pilgerreisen

9. Die Studiengruppe von 2019 hielt sich zeitweise in Bethlehem auf und wohnte in einem palästinensischen Hotel, um die palästinensische Wirtschaft zu unterstützen und um Menschen vor Ort zu treffen. Unsere Reiseveranstalter informierten uns, dass nur ca. 1 % der Pilgergruppen sich die Zeit nimmt für Kontakt mit palästinensischen Gemeinden oder auch nur mit den Leitern und Mitgliedern der ansässigen christlichen Kirchen und kirchlichen Einrichtungen in Israel und Palästina. Angesichts der Zahl der jährlich in das Land führenden Pilgerreisen meinen wir, dass es Spielraum gibt, den gut gearbeiteten Film über Pilgerschaft, “Walking the Tightrope” (dt.: Der Drahtseilakt) anzubieten, der von der URC teilfinanziert wurde. Er ist jetzt online zugänglich.⁹

Ökumenische Partner

10. Die der Vollversammlung vorgelegten Resolutionen vertreten ganz ähnliche Positionen wie die der Quäker in Britannien, der Presbyterianischen Kirche (Presbyterian Church USA), der Vereinigten Kirche Christi (United Church of Christ USA) und der Vereinigten Methodistenkirche (United Methodist Church USA). Die Zentralverwaltung der Finanzen der Methodistischen Kirchen

⁷ Anmerkung des Übersetzers: Die deutsche Übersetzung ist erschienen unter dem Titel: *Die andere Seite der Mauer Eine Palästinensische Erzählung von Klage und Hoffnung*. Berlin: Aphorisma, September 2021.

⁸ <https://ctbi.org.uk/wp-content/uploads/2018/12/Palestinian-Christians-and-the-Land-2017-England.pdf>; in Englisch.

⁹ www.fodip.org.uk/walkingthetightrope; in Englisch.

in Britannien wurde gebeten sich von Beziehungen mit Unternehmen von der Art zu trennen, wie sie in der Resolution der Vollversammlung bezeichnet wurden und auf Investitionen bei diesen ganz zu verzichten.

Weiterhin Antisemitismus engagiert verurteilen

11. Die Vereinigte Reformierte Kirche bleibt bei ihrem Engagement, alle Akte des Antisemitismus zu verurteilen. Als Konfession haben wir eine stolze Geschichte, uns gegen Unrecht zu wenden, wo immer es geschieht. Die vorgelegten Resolutionen sind nicht antisemitisch. Die Antisemitismus-Definition der internationalen *Holocaust Remembrance Alliance (IHRA)* stellt klar, dass “Kritik an Israel, die mit der an anderen Ländern vergleichbar ist, nicht als antisemitisch betrachtet werden” kann.¹⁰

Im März 2021 wurde die “*Jerusalem Declaration on antisemitism*” von einer Gruppe von Wissenschaftlern auf dem Gebiet des Judentums, des Holocausts, Israels, Palästinas und des Nahen Ostens veröffentlicht. Diese “Jerusalem-Erklärung” geht über die IHRA-Definition hinaus und stellt klar, dass die “Unterstützung der palästinensischen Forderungen nach Gerechtigkeit und der vollen Gewährung ihrer politischen, nationalen, bürgerlichen und menschlichen Rechte, wie sie im Völkerrecht verankert sind” nicht antisemitisch ist.¹¹

Hinsichtlich der Investitionsstrategie erklärt die “Jerusalem-Erklärung”: “Boycott, Desinvestition und Sanktionen sind gängige, gewaltfreie Formen des politischen Protests gegen Staaten. Im Falle Israels sind sie nicht per se antisemitisch.”¹²

Richtlinie für Investitionen

12. Zur der Vorbereitung der Resolution hat der Missionsausschuss sich mit den Verantwortlichen für den zentralen URC-Fonds und den Pensionsfonds beraten. Es hat uns ermutigt zu erfahren, dass ethischen Richtlinien bereits jetzt zur Folge haben, dass in dem in Frage stehenden Bereich keine Investitionen getätigt werden.

Dennoch stimmen die für die Fonds Verantwortlichen zu, dass es wichtig sei, das von der Resolution angesprochene Engagement zu betonen. In ähnlicher Weise haben viele Schatzmeister der Synoden mitgeteilt, dass sie in Unternehmen dieser Art nicht investierten. Einige Fonds investieren beim “Charity Fund CCLA” (Fondsmanager von Wohltätigkeitsorganisationen: Churches, Charities, Local Authorities), der uns bestätigt hat, dass er gemäß den an den Menschenrechten orientierten Geschäftsgrundsätzen der Vereinten Nationen arbeitet, die den Großteil dessen abdecken, was die Resolutionen betonen. CCLA wird weiterhin Investoren beraten, sodass die konkreten Bestimmungen, die die Resolutionen geben, zu erweiterten Screening-Verfahren beitragen werden. Die Recherche zu möglichen Investitionen bei Unternehmen, die an der palästinensischen Unterdrückung beteiligt sind, ist zunehmend differenziert und offengelegt. Für Synoden, die Probleme mit dem Screening haben, ist es wichtig zu beachten, dass die Resolutionen in Form eines Anliegens abgefasst sind und in dem Verständnis, dass eine weitergehende Unterstützung nötig sein könnte. Wir haben einen Prozess in Richtung auf ein Engagement im Blick, das von allen Synoden zum Ausdruck gebracht wurde und dem die Resolutionen Ausdruck geben, indem sie die Stimme erheben gegen das Unrecht, das dem palästinensischen Volk durch die Besatzung widerfährt.

¹⁰ <https://www.holocaustremembrance.com/de/resources/working-definitions-charters/arbeitsdefinition-von-antisemitismus>.

¹¹ https://jerusalemdeclaration.org/wp-content/uploads/2021/03/JDA-deutsch-final.ok_.pdf.

¹² Ebd.